

Antrag der Fraktion DIE LINKE.**Keine Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger und -Empfängerinnen**

69 500 Bremerinnen und Bremer bekommen Transferleistungen nach SGB II, wobei 23 % von ihnen erwerbstätig sind. Der steigende Anteil an Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiten oder als Leiharbeitnehmer beschäftigt sind, zeigt deutlich, dass immer mehr Menschen bereit sind, zu zum Teil unwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Sie sind diejenigen, die zuerst ihren Arbeitsplatz wieder verlieren. Was sollen Erwerbslose noch in Kauf nehmen, um am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen? Auf einem Arbeitsmarkt, der von Erwerbslosigkeit gekennzeichnet ist!

Erwerbslose werden dafür „bestraft“, dass sie zu spät zu einem Termin kommen, dass sie nicht für 1 € arbeiten wollen, dass sie nicht zum x-ten Bewerbungstraining gehen wollen. Sie werden bestraft, dass sie in Ruhe über eine Eingliederungsvereinbarung nachdenken wollen. Bei den gerichtlichen Überprüfungen der Eingliederungsvereinbarungen fallen diese dann auch regelmäßig durch.

Diese geübte Sanktionspraxis gegen Erwerbslose führt Jahr für Jahr zu neuen Sanktionen und zu steigenden Widersprüchen vor den Gerichten, insbesondere zu erfolgreich geführten Widersprüchen.

Der Effekt von Sanktionen gegen Erwerbslosen ist, dass auch auf diejenigen, die sich noch in Arbeit befinden ein so immenser Druck ausgeübt wird, dass sie alles Mögliche an Verschlechterungen in der Arbeitswelt akzeptieren, um auf jeden Fall zu vermeiden, in die Gefahr der Erwerbslosigkeit oder einer Sanktion zu kommen.

Auf diese Weise geraten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch stärker in eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen.

Es gibt in Bremen und Bremerhaven nicht genügend Arbeitsplätze! Durch die Sanktionen gegen Erwerbslose werden es nicht mehr!

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt Kürzungen von Arbeitslosengeld II als Sanktionsmaßnahme ab.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in diesem Sinne bei der „BAGiS“ und der „ARGE“ zu intervenieren.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für die Abschaffung des § 31 des SGB II einzusetzen.

Peter Erlanson,
Monique Troedel und die Fraktion DIE LINKE.